

NIEDERSCHRIFT

| | |
|-----------------------|--|
| Gremium | Kreistag |
| Sitzung Nummer | 9/2021-2026 |
| Datum | 23.05.2022 |
| Sitzungsbeginn | 13:30 |
| Sitzungsende | 17:40 |
| Ort | Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar |

Teilnehmende**Kreistagsvorsitzender**

Volkmann, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Prof. Dr. Danne, Harald

Schreiber, Heinz

CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike

Bender, Anna-Lena

Bender, Matthias

Braun, Carsten

Deusing, Kevin

Hundertmark, Michael

Irmer, Hans-Jürgen

Krämer-Bender, Rabea

Lenzer, Carmen

Müller, Armin
Müller, Jörg Michael
Müller, Leo
Panten, Ingo
Panten, Sascha
Petersen, Nicole
Schäfer, Lisa
Schönwetter, Tim
Schumacher, Silke
Prof. Dr. Silbe, Katja
Sommer, Sabine
Steinraths, Daniel
Steinraths, Frank

SPD-Fraktion

Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Breustedt, Michelle
Egler, Beatrix
Fay, Anja
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Inderthal, Frank
Kunz, Cirsten
Lemler, Heinz
Polat, Murat
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schäfer, Mechthild
Schmidt, Ingrid
Scholl, Stefan
Weppler, Elke

B90/Die Grünen

Biermann, Andrea
Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Garotti, Dorothea
Green, Emely
Hartmann, Lukas
Klement, Martina
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Dr. Sattler, Daniel
Strehlau, Petra

FWG-Fraktion

Boch, Dunja
Esch, Gudrun
Fuchs, Hans-Werner
Lefèvre, Christa
Ludwig, Jörg
Peller, Michael

Dr. Viertelhausen, Andreas

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Gottsmann, Thomas
Hermann, Jacqueline Carina
Mulch, Lothar
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Benner-Berns, Anna-Lena
Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE

Knies, Hans-Horst
Ohnacker, Christiane
Zborschil, Tim

fraktionslos

Harapat, Dominic
Wagner, Steffen

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Betz, Karin
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt, Kerstin
Horne, Eberhard
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Müller, Elisabeth
Nickel, Diethelm
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

Müller, Katja

es fehlt entschuldigt

Dr. Blöcher-Weil, Johannes abwesend
Engel, Jürgen abwesend
Glade-Wolter, Cornelia abwesend
Hantusch, Thassilo abwesend
Herr, Christoph Alexander abwesend
Hofmann, Kristin abwesend

Jakisch, Rudolf Georg abwesend
Zühlsdorf-Gerhard, Carmen abwesend

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

TOP 2.

Fragestunde

TOP 3.

Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) für Pilot- und Demonstrationsanlagen an der Werner-von-Siemens Schule Wetzlar und der Gewerblichen Schule Dillenburg
Beschluss überplanmäßiger Auszahlungen
(A-19/2022)

TOP 4.

IGS Solms
Überplanmäßige Auszahlung bei Haushaltsposition 50.289101
Sanierung Sporthalle inklusive des Umbaus der Nebenräume
(A-20/2022)

TOP 5.

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2018
hier: Beschlussfassung und Entlastung des Kreisausschusses
(VL-67/2022)

TOP 6.

Wahl von sachkundigen Personen sowie einer stellvertretenden sachkundigen Person als nachrückendes Mitglied in die Kommission für Energie, Klimaschutz und Mobilität

TOP 6.1

Wahl einer sachkundigen Person sowie einer stellvertretenden sachkundigen Person als nachrückendes Mitglied in die Kommission für Energie, Klimaschutz und Mobilität auf Vorschlag der Innung der Schornsteinfeger

TOP 6.2

Wahl einer sachkundigen Person als nachrückendes Mitglied in die Kommission für Energie, Klimaschutz und Mobilität auf Vorschlag des Wohn- und Bauvereins Dill e. G.

TOP 7.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Fraktion

TOP 8.

Informationsfreiheitsgesetz
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.08.2021
(A-34/2021)

TOP 9.
Blackout
Antrag der AfD-Fraktion vom 25.03.2022
(A-18/2022)

TOP 10.
Unterstützung Waldeigentümer
Antrag der AfD-Fraktion vom 29.04.2022
(A-21/2022)

TOP 11.
Finanzielle Hilfen für ukrainischen Flüchtlinge
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-22/2022)

TOP 12.
Hebammenversorgung sicherstellen
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-23/2022)

TOP 13.
Parkpalette im Bereich Schulzentrum Wetzlar
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-24/2022)

TOP 14.
Sachstandsbericht Gefahrenverhütungsschau an Schulen
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-25/2022)

TOP 15.
Lebensmittelüberwachung
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-26/2022)

TOP 16.
Neubau Friedrich-Fröbel-Schule
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-27/2022)

TOP 17.
Programm zur Ansiedlung von Arztpraxen
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-28/2022)

TOP 18.
Unterstützung des Kreiseltererbeirates
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-29/2022)

TOP 19.

Versorgung der Städte und Gemeinden mit öffentlich erreichbaren Defibrillatoren
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-30/2022)

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 9. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Heinz Schreiber und Prof. Dr. Harald Danne und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt er den Vertreter der Medien, Herrn Linker, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung sei mit Schreiben vom 5. Mai 2022 form- und fristgerecht eingeladen worden. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden. Ein Teil der Abgeordneten habe die Beratungsunterlagen auf eigenen Wunsch digital erhalten. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 19. Mai 2022 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 11. Mai 2022 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) weist darauf hin, dass die Sitzung erstmalig im Rahmen einer im Kreistag beschlossenen Testphase, im Internet verfügbar gemacht werde. Er weist darauf hin, dass die Vervielfältigung von Kreistagssitzungen, auch ausschnittsweise, der schriftlichen Genehmigung bedürfe.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Sie gilt somit als genehmigt.

Zu TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses

Siehe Anlage Mitteilungen zur Kreistagssitzung am 23.05.2022

Corona-Pandemie

Landrat Schuster berichtet über 541 aktiv Infizierte (Inzidenz 365). Zum 31. Mai würden die Vorgaben der Arbeitsschutzverordnung außer Kraft gesetzt. Ab 1. Juni würden die im Hause seitens des Arbeitgebers bzw. Dienstherrn festgelegten Maßnahmen des Hygienekonzeptes entfallen. Er nennt den Wegfall der Maskenpflicht für die Bediensteten der Kreisverwaltung sowie die Besucherinnen und Besucher und den Wegfall der Mindestabstände.

ÖPNV und bewegliche Ferientage

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Schreiber teilt mit, dass in die Entscheidung über die Festlegung von beweglichen Ferientagen seitens des staatlichen Schulamtes das Thema ÖPNV als eines von mehreren Kriterien einfließe. Der Schülerverkehr sei im Linienverkehr organisiert, zum Teil über die Kreisgrenzen hinaus. Die Umläufe würden wie Perlenketten aneinanderhängen.

Unterschiedliche bewegliche Ferientage innerhalb eines Landkreises bzw. von zwei Landkreisen innerhalb eines Verbundes würden zu Unübersichtlichkeiten führen und im Ergebnis Leerfahrten zu Schulen produzieren, die keinen Unterricht anbieten. Die dahinterstehenden wirtschaftlichen Überlegungen müssten berücksichtigt werden.

Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

Austauschseiten Haushaltsplan

Vorsitzender Volkmann informiert, dass im hinteren Bereich des Sitzungssaales Austauschseiten mit den beschlossenen Änderungen zum Haushaltsplan ausliegen würden. Diejenigen Abgeordneten, die den Haushaltsplan in Papierform erhalten haben, könnten das Austauschpaket mitnehmen.

Buch Porezag

Vorsitzender Volkmann teilt mit, dass das ausgelegte Fachbuch über Wetzlar ein Geschenk von Herrn Karsten Porezag an die Abgeordneten sei. Er spricht im Namen der Abgeordneten seinen Dank aus.

Verwaltungsstreitverfahren AfD-Fraktion des Kreistages Lahn-Dill ./ Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Vorsitzender Volkmann teilt weiter mit, dass die Klage der AfD-Fraktion vom 07.01.2022 wegen der Wahl der sachkundigen Personen in die Frauen- und Gleichstellungskommission am 13. September zurückgezogen worden sei. Das Verfahren sei daraufhin eingestellt worden.

Sondersitzung des HFWO

Vorsitzender Volkmann weist darauf hin, dass am 8. November 2022 um 16:30 eine Sondersitzung des HFWO zum Thema „Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes“ stattfinde.

Maskenpflicht

Vorsitzender Volkmann teilt mit, dass bis zum 31. Mai in den Liegenschaften der Kreisverwaltung Maskenpflicht bestehe. Für den Sitzungssaal habe man sich darauf verständigt, sich an die landes- und bundesrechtlichen Rahmenbedingungen zu halten. Die Masken könnten daher am Sitzplatz und im Sitzungsraum abgenommen werden.

Fraktionsvorsitz AfD

Vorsitzender Volkmann informiert, dass Herr Rudolf Jakisch seit dem 31.03.2022 nicht mehr stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD sei. Bis zur Nachwahl eines Nachfolgers sei Andrea Niggemann alleinige stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

| |
|---------------------------------|
| Zu TOP 2. Fragestunde |
|---------------------------------|

Frage und Zusatzfrage der Abgeordneten Klement (B90/Die Grünen) zur Umsetzung des Beschlusses „Fair-Trade-Produkte“ in der Kreistagssitzung am 07.02.2022

1. Inwieweit wurde dieser Beschluss bisher umgesetzt und was ist in Planung?
2. Wann können wir in unseren Sitzungsräumen mit Getränken aus lokaler und ökologischer Produktion oder aus fairem Handel rechnen?

Landrat Schuster verweist darauf, dass sich 76.141 Menschen an Corona infiziert hätten (58.105 in 2022). Weiter habe man in der Zwischenzeit knapp 3.000 Menschen aus der Ukraine aufgenommen und betreut, so dass die Fizz-Cola nicht oben auf der Agenda gestanden habe. Man habe alle Kräfte bündeln müssen, um die Aufgaben nach Priorität abzuarbeiten. Dennoch hätten bereits zwei Arbeitsgruppensitzungen unter Federführung der Stabstelle Klimaschutz, Energiemanagement und

Mobilität stattgefunden, die Empfehlungen erarbeiten würden, die über die Abteilung Personal, Organisation und Technik an den Kreisausschuss gegeben würden. Er rechne damit, in der nächsten oder übernächsten Sitzung andere Produkte anbieten zu können.

Zu TOP 3.

Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) für Pilot- und Demonstrationsanlagen an der Werner-von-Siemens Schule Wetzlar und der Gewerblichen Schule Dillenburg
Beschluss überplanmäßiger Auszahlungen
A-19/2022

Abgeordneter Mulch (AfD) führt aus, dass jede Investition in Schulen den Kindern zugutekomme, so dass man zustimmen werde. Er vertrete jedoch die Ansicht, dass die Voraussetzungen des § 100 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht erfüllt seien. Voraussetzung für die Anwendung dieser Norm sei, die Unvorhersehbarkeit der zusätzlichen Ausgaben. Man erhalte jedoch bereits seit 15 Jahren Mittel aus diesem Förderprogramm für zahlreiche Projekte. Für jede einzelne Förderung sei zwingend ein Eigenanteil bereit zu stellen. Dies sei schon bei Beantragung der Fördermittel bekannt und damit voraussehbar sei.

Landrat Schuster (SPD) teilt mit, dass der Doppelhaushalt im August 2021 im Entwurf aufgestellt und eingebracht worden sei. Erst am 15. November habe man einen Fördermittelbescheid erhalten, so dass man ihn nicht mehr im Haushalt berücksichtigen können. Ausgaben vorherzusehen bedeute nicht, in eine Glaskugel zu schauen. Man habe nicht früher wissen können, ob diese Fördermittel kommen würden, so dass es sich um einen ganz normalen Vorgang handele, dass man die Ausgabe dem Kreistag zur Entscheidung vorlege. Die Ausgabe liege zudem im Interesse der Schülerinnen und Schüler.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) sieht hierin den Nachteil des Doppelhaushaltes, der Übersichtlichkeit einbüße. Insgesamt handele es sich bei der Vorgehensweise jedoch um den Klassiker der Abwicklung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 100 HGO. Der Vorredner habe nicht dargelegt, wie man stattdessen hätte verfahren sollen. Die Summe habe man nicht im Voraus einstellen können, da sie dann an der Stelle nicht gebunden sei. Insgesamt könnte erst nach Vorliegen des Förderbescheides reagiert werden. Dieser hätte theoretisch auch erst ein Jahr später kommen können.

Abgeordneter Berns (FDP) trägt vor, dass der in der HGO verwendete Begriff „vorhersehbar“ nicht damit gleichzusetzen sei, dass man etwas schon wisse, und bedeute vielmehr, dass etwas erwartbar sei. Erwartbare Beträge, die man beantragt habe, könnten jedoch nicht in den Haushaltsentwurf eingestellt werden. Wichtig sei auch die Verwendung der Mittel, die bis zum 31.01.2023 ausgeben werden müssten. Es sei daher angemessen, sich jetzt zeitnah mit der Bereitstellung zu befassen. Die Ausgaben für die technische Ausstattung zweier Schulen seien insgesamt sinnvoll und bereiteten die Schülerinnen und Schüler auf Berufe vor, die im Lahn-Dill-Kreis nachgefragt würden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Leistung folgender überplanmäßiger Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 und 3 HGO in Verbindung mit § 99 Abs. 1 HGO sowie § 52 Abs. 1 HKO in Höhe von insgesamt 398.861,00 € zur Ausstattung beruflicher Schulen mit Pilot- und Demonstrationsanlagen wird zugestimmt:

| | |
|---------------------------------------|---------------------|
| Werner-von-Siemens Schule: | 202.904,00 € |
| Gewerbliche Schule Dillenburg: | 195.957,00 € |
| | 398.861,00 € |

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, o Enthaltungen

Zu TOP 4.

IGS Solms

Überplanmäßige Auszahlung bei Haushaltsposition 50.289101

Sanierung Sporthalle inklusive des Umbaus der Nebenräume

A-20/2022

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag stimmt

der Leistung überplanmäßiger Auszahlungen gemäß § 100 Abs.1 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO für Haushaltsposition 50.289101 Sanierung Sporthalle inklusive des Umbaus der Nebenräume in Höhe von 742.624 €

zu.

Die Mittel in Höhe von 742.624 € sind gedeckt durch Fördermittel in gleicher Höhe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, o Enthaltungen

Zu TOP 5.

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2018

hier: Beschlussfassung und Entlastung des Kreisausschusses

VL-67/2022

Abgeordnete A.-L. Bender (CDU) erinnert, dass ihre Fraktion bei Aufstellung des Jahresabschlusses das erstmals positiv ausgefallene Eigenkapital positiv hervorgehoben habe. Der Abgeordnete Dr. Büger (FDP) habe dieses Ergebnis seinerzeit auf die sparsame Haushaltsführung zurückgeführt, was sie anders bewerte. Das Ergebnis sei durch eine gute steuerliche Situation über mehrere Jahre, die Entschuldungsstrategie des Landes und sehr viele Bundes- und Landesmittel erzielt worden. Gespart habe der Landkreis jedoch nicht. Sie bedankt sich bei der Abteilung Revision für die Vorlage des Prüfberichtes. Wie schon beim Jahresabschluss für 2017 sei auch in 2018 und den Folgejahren das genutzte SAP-System thematisiert worden. Der Abteilungsleiter Koob habe im HFWO den Stand der Umstellung auf ein neues System dargestellt, wofür sie sich ebenfalls bedankt. Sie hoffe, darüber auch weiterhin auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Abgeordneter Dr. D. Rauber (SPD) verweist auf die im Prüfbericht getroffene Feststellung, wonach der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Bestimmungen entspreche. Der Kreisausschuss habe somit einen Anspruch auf Entlastung. Als eigenartig bewertet er die wiederholte Anmerkung zur EDV, da Umstellungen von EDV-Verfahren in einer großen Verwaltung nicht an einem Tag erfolgen könnten. Zudem sei SAP ein solides Unternehmen und das System jahrelang unbeanstandet in Gebrauch gewesen. Er hält fest, dass 41,4 Mio. € 2018 investiert, der Finanzmittelbestand von 11 Mio. € auf 45 Mio. € erhöht und positives Eigenkapital ausgewiesen worden sei. Richtig sei, dass der Kreis die Entschuldungsmöglichkeit der Hessenkasse genutzt habe, dies jedoch zur Erfüllung der pflichtigen kommunalen Aufgaben.

Abgeordneter Berns (FDP) bewertet den Jahresabschluss mit einem Überschuss von 31 Mio. € im Ergebnis gegenüber einer Planung von 5,1 Mio. € als positiv. Der Haushalt 2018 dokumentiere mit der Rückkehr zum positiven Eigenkapital eine Finanzwende. Die Folgen der Finanzkrise von 2009 hätten sich zunächst in der Entwicklung des Eigenkapitals gezeigt. Landesmittel aus dem

Schutzschirmvertrag hätten jedoch eine Wirkung auf das Eigenkapital gehabt. 2018 sei die Finanzwende durch Ablösung von 121,5 Mio. € Kassenkrediten aus Landesmitteln erfolgt (Hessenkasse Programm). Die Hälfte dieses Betrages müsse jedoch zurückgezahlt und im Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden. Der Überschuss in 2018 sei mit 5,6 Mio. € durch einen erhöhten Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft entstanden. Durch die stark abebbende Zuwanderungswelle sei der Aufwand um 12 Mio. € verringert worden. Gleichzeitig seien höhere Aufwendungen durch das Unterhaltsvorschussgesetz entstanden. Außerdem habe der Kreis gespart. Im Personalwesen sei trotz zusätzlicher 19 VZÄ die Anzahl der Beschäftigten um drei Stellen gesunken und die Personalausgaben seien um 2,7 Mio. € niedriger ausgefallen.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) bemängelt, dass der Vorredner lediglich frühere Redebeiträge wiederhole. Hinsichtlich der Betrachtungen zum EDV-Verfahren pflichte man dem Kreisausschuss grundsätzlich bei, da die Umstellung Zeit benötige. Er gibt aber zu bedenken, dass das Onlinezugangsgesetz (OZG) schon älter sei. Die Pandemie habe gezeigt, dass die Prozesse in der Verwaltung zu den Bürgerinnen und Bürgern vollständig verändert werden müssten. Zur Hessenkasse merkt er an, dass das Land Hessen das einzige gewesen sei, dass zu diesem Zeitpunkt die Kommunen auf diese Weise wesentlich entlastet habe. Zur Bemerkung des Vorredners, ein Aktienunternehmen würde über ein solches Ergebnis jubeln, entgegnet er, dass ein solches Unternehmen bei Mehrerträgen ohne Leistungsmehrung eine Ausschüttung an die Aktionäre vornehmen müsse. Auf den Kreis bezogen bedeute dies, dass eine Weitergabe an die Städte und Gemeinden zu erfolgen habe, was nicht der Fall sei. Beiträge des Kreises zur Konsolidierung sehe er ebenfalls nicht. Mit drei eingesparten Stellen 2,7 Mio. € einzusparen sei für ihn nicht plausibel.

Abgeordneter Grüger (SPD) merkt an, dass das Land Hessen zwar eine Hessenkasse eingeführt habe. Es habe aber zuvor den Kommunen durch niedrige finanzielle Ausstattung besonders viel abverlangt und zu wenig gegeben.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) bezieht sich auf die Aufforderung des Abgeordneten J.-M. Müller (CDU), das Geld an die Städte und Gemeinden zurück zu geben. In Folge der Finanzkrise 2009 habe man zunächst ein negatives Eigenkapital verzeichnet, dass abzarbeiten gewesen sei. Erst wenn man über ein positives Eigenkapital verfüge, könne über die Verteilung nachgedacht werden. Vorher gebe es nichts zu verteilen.

Landrat Schuster (SPD) dankt der Finanzabteilung sowie der Abteilung Revision für die zeitnahe Vorlage des geprüften Jahresabschlusses. Die EDV-Umstellung habe mit dem OZG jedoch nichts zu tun. Zum Sparen sagt er, dass es in 2018 eine überörtliche Prüfung des Landesrechnungshofes gegeben habe, der im Ergebnis kein Einsparpotential festgestellt habe. Man habe im Doppelhaushalt neue Stellen beschlossen, dürfe bei der Betrachtung aber die Aufgaben nicht außer Acht lassen. Er nennt die Digitalisierung an Schulen. Die Personalkostenquote liege bei 18 %, was einem Vergleich standhalte und Umlagen gegenüber Städten und Gemeinden schone. Zur EDV-Umstellung sagt er, dass es bei Einführung der Doppik lediglich dieses Programm gegeben habe, was nun neu aufgelegt werde. Die berechtigten Anmerkungen der Abteilung Revision würden mit der Umstellung auf das neue Programm ab Januar 2023 erledigt sein.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) fragt, ob es nicht richtig sei, dass er der SAP-Umstellung des Kreisausschusses beigespflichtet habe. Seine Bemerkung zum OZG habe sich nicht auf den Jahresabschluss und die Prüfung bezogen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über die Vorlage abstimmen. Getrennte Abstimmung wird nicht gewünscht:

Beschluss:

- 1.2.1. Der Kreistag beschließt gem. § 114 Abs. 1 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO den vom Kreisausschuss aufgestellten und als Anlage beigefügten Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises zum 31. Dezember 2018.
- 1.2.2. Dem Kreisausschuss wird gem. § 114 Abs. 1 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

44 Ja-Stimmen (17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

6 Nein-Stimmen (AfD)

22 Enthaltungen (CDU)

Zu TOP 6.

Wahl von sachkundigen Personen sowie einer stellvertretenden sachkundigen Person als nachrückendes Mitglied in die Kommission für Energie, Klimaschutz und Mobilität

Zu TOP 6.1

Wahl einer sachkundigen Person sowie einer stellvertretenden sachkundigen Person als nachrückendes Mitglied in die Kommission für Energie, Klimaschutz und Mobilität auf Vorschlag der Innung der Schornsteinfeger

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass wegen des Ausscheidens von sachkundigen Personen aus der Kommission für Energie, Klimaschutz und Mobilität ein Nachfolger auf Vorschlag der Innung der Schornsteinfeger zu wählen sei. Es würde folgender Wahlvorschlag der Innung der Schornsteinfeger für ein Mitglied als sachkundige Person vorliegen:

Wagner, Frank

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen sei. Da niemand widerspricht, lässt er offen durch Handaufheben abstimmen:

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Damit sei Frank Wagner als sachkundige Person auf Vorschlag der Innung der Schornsteinfeger zum Mitglied der Kommission für Energie, Klimaschutz und Mobilität gewählt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass folgender Wahlvorschlag der Innung der Schornsteinfeger für ein stellvertretendes Mitglied als sachkundige Person vorliege:

Keßler, Jochen

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen sei. Da niemand widerspricht, lässt er offen durch Handaufheben abstimmen:

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Damit sei auch Jochen Keßler als sachkundige Person auf Vorschlag der Innung der Schornsteinfeger zum stellvertretenden Mitglied der Kommission für Energie, Klimaschutz und Mobilität gewählt.

Zu TOP 6.2

Wahl einer sachkundigen Person als nachrückendes Mitglied in die Kommission für Energie, Klimaschutz und Mobilität auf Vorschlag des Wohn- und Bauvereins Dill e. G.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass wegen des Ausscheidens von sachkundigen Personen aus der Kommission für Energie, Klimaschutz und Mobilität ein Nachfolger auf Vorschlag des Wohn- und Bauvereins Dill eG zu wählen sei. Es würde folgender Wahlvorschlag des Bauvereins Dill eG für ein Mitglied als sachkundige Person vorliegen:

Hartmann, Kai Holger

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen sei. Da niemand widerspricht, lässt er offen durch Handaufheben abstimmen:

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Damit sei Kai Holger Hartmann als sachkundige Person auf Vorschlag des Bauvereins Dill eG gewähltes zum Mitglied der Kommission für Energie, Klimaschutz und Mobilität gewählt.

Zu TOP 7.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass seitens der AfD-Fraktion nach der nicht erfolgten Wahl eines Mitgliedes in den letzten Kreistagssitzungen erneut einen Wahlvorschlag für eine sachkundige Person und stellvertretende sachkundige Person für die Frauen- und Gleichstellungskommission, nach dem Beschluss des Kreisausschusses vom 24.11.2021, eingereicht worden sei.

Sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation:

Mulch, Esther

Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation:

Herrmann, Marion

Seitens der AfD-Fraktion habe man im Ältestenrat geäußert, dass der offenen Abstimmung widersprochen und geheime Wahl gewünscht werde. Es sei daher ein Wahlvorstand zu bilden. Die Fraktionen hätten dafür im Ältestenrat bereits je ein Mitglied vorgeschlagen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) bittet den Wahlvorstand, die Wahlen durchzuführen. Die AfD-Fraktion sei nicht damit einverstanden, dass während der Wahlhandlung mit der Sitzung fortgefahren werde. Er unterbricht daher die Videoaufzeichnung und die Sitzung für die Wahlhandlung. Die Abgeordneten werden zur Wahl aufgerufen. Nach Abschluss der Auszählung schließt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** den Wahlvorgang, fährt mit der Videoaufzeichnung fort und verkündet das Wahlergebnis:

Sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:

Abstimmungsergebnis für Mulch, Esther

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 55
Stimmenthaltungen: 6

Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:

Abstimmungsergebnis für Herrmann, Marion:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 55
Enthaltungen: 6

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass die seitens der AfD-Fraktion vorgeschlagenen Personen nicht als sachkundige Person bzw. stellvertretende sachkundige Person gewählt worden seien. Die Positionen blieben daher unbesetzt.

Zu TOP 8.

Informationsfreiheitsgesetz
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.08.2021
A-34/2021

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass dieser Antrag, wie in der Sitzung des HFWO besprochen, im Geschäftsgang verbleibe. Landrat Schuster (SPD) habe zugesichert, zur nächsten Kreistagssitzung eine Satzung dem Kreistag vorzulegen.

Zu TOP 9.

Blackout
Antrag der AfD-Fraktion vom 25.03.2022
A-18/2022

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass dieser Antrag in der letzten Kreistagssitzung nicht die erforderliche Mehrheit für eine Aufnahme auf die Tagesordnung als Dringlichkeitsantrag erhalten habe. Er sei daher auf die Tagesordnung dieser Sitzung aufgenommen worden.

Abgeordneter Mulch (AfD) führt aus, dass der Antrag wegen der verfehlten Energiepolitik der vergangenen Jahre aktuell sei. Er nennt das Abschalten von Atomkraftwerken, fehlende Stromtrassen und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Durch den Krieg in der Ukraine sei er noch aktueller geworden. Selbst wenn es den Blockparteien in Berlin und den ausgewiesenen Wehr- und Verteidigungsexperten, unterstützt durch die willfähige Journaille, nicht gelingen sollte ...

Abgeordneter Volkmann (CDU) ruft den Abgeordneten Mulch (AfD) zur Mäßigung in der Wortwahl auf.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) bittet den Ältestenrat in der nächsten Sitzung, die Rüge des Begriffs „Blockpartei“ zu prüfen. Es handele sich um einen Begriff der auf ein System verweise, welches man in der Bundesrepublik nicht habe. Er sei beleidigenden Ursprunges.

Abgeordneter Mulch (AfD) fährt fort, dass aufgrund des Krieges die Landesregierung derzeit von einem gesteigerten Gefährdungspotential für die Betreiber der kritischen Infrastruktur ausgehe, wozu die Stromversorgung gehöre. Im Falle eines Stromausfalles gehe es um mehr als Unannehmlichkeiten, es werde Blut fließen. Man wolle in Erfahrung bringen, ob der Lahn-Dill-Kreis darauf vorbereitet sei.

Abgeordneter Volkmann (CDU) fordert die Abgeordneten und insbesondere den Vorredner in Anbetracht der Videoaufzeichnung der Kreistagssitzung auf, die Wortwahl „...dass Blut fließt“ oder die Verwendung anderer martialischer Rhetorik im Kreistag zu überdenken.

Abgeordnete Kunz (SPD) hat allergrößtes Vertrauen in den Katastrophenschutz auf allen Ebenen. Der Kreis sei in dieser Hinsicht nicht allein zuständig. Sie habe bereits erlebt, wie hochgradig professionell die Gefahrenabwehr und der Katastrophenschutz aufgestellt seien. Sie dankt den Damen und Herren der freiwilligen Feuerwehren, die dies aktuell bei Einsätzen im Zusammenhang mit schweren Unwettern bewiesen hätten. Bei der Überschwemmungskatastrophe im letzten Jahr seien alle da gewesen, THW, DLRG, Feuerwehr, DRK, Malteser, Johanniter und viele andere. Sie seien als Ehrenamtliche sehr organisiert und koordiniert vorgegangen, wofür sie sich bedankt. Was passiert, wenn das Licht ausgeht, sei 2014 im Kreis geübt worden. 250 Ehren- und Hauptamtliche hätten an dieser Übung teilgenommen. Im Notfall sei man vorbereitet und könne kritische Infrastruktur am Netz halten, wie z. B. Krankenhäuser, Dialysezentren, Altenpflegeheime oder weitere wichtige Einrichtungen. Die hessische Landesregierung habe 2012 27 Notstromgroßaggregate für die unteren Katastrophenschutzbehörden und die Landesfeuerwehrschule bereitgestellt. 2016 seien weitere 52 Stromaggregate an die Betreuungszüge des hessischen Katastrophenschutzes übergeben worden. Man werde jedoch nicht alle Unternehmen am Netz halten können, da eine parallele Stromversorgung nicht möglich sei. Vielfach hätten Unternehmen jedoch eine eigene Notstromversorgung. Mit dem Antrag solle ein Gefühl der Verunsicherung geschürt werden. Er sei somit nicht zielführend und überflüssig.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) sieht es als unerhört an, dass der Abgeordnete Mulch (AfD) von den Parteien als Blockparteien und als Verursacher von Krisen spreche. Dies mache die fortgeschrittene Radikalisierung der AfD offensichtlich. Es werde eine Gefahr unterstellt, zu deren Ordner sich diese Fraktion selbst aufspiele, obwohl sie sich durch Unwissenheit auszeichne. Dass die Stromversorgung durch den Krieg gefährdet sei, sei eine nicht belegte Unterstellung. Der laut Abgeordneten Mulch (AfD) verfehlten Energiepolitik stellt der Abgeordnete J.-M. Müller (CDU) folgende Ergebnisse gegenüber. Aktuell würden in Deutschland 56,9 % der Energie durch erneuerbare Energien und CO₂ neutrale Energien erzeugt. Von dieser Energie exportiere man gerade 20 % ins europäische Ausland. Schließlich gebe es kein deutsches Stromnetz, sondern einen europäischen Stromnetzverbund. Dieser garantiere in Deutschland und Europa eine überragende Energieversorgungssicherheit mit elektrischem Strom, die nahezu ideal sei. Seine Fraktion besuche regelmäßig die Feuerwehrverbände, das THW, die Polizei, und die Hilfsorganisationen, die zum Schutz der kritischen Infrastruktur gehörten, und lasse sich über die Ausbildung, Notfall- und Einsatzsicherheit informieren. Der Antrag zeige hingegen kein wirkliches Interesse, sondern solle Ängste erzeugen. Er sei damit demokratiefeindlich. Er verweist weiter auf das Bundesamt für Katastrophenschutz, welches sich intensiv durch Maßnahme Regelungen und Handreichungen für die Bevölkerung damit auseinandersetze, dass Menschen gut vorbereitet seien.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) möchte auf den Vorwurf hinsichtlich der Blockparteien eingehen. **Abgeordneter Volkmann (CDU)** weist den Abgeordneten darauf hin, zur Sache zu reden. Persönliche Erklärungen könnten zum Ende eines Tagesordnungspunktes abgegeben werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Abgeordneter Volkmann (CDU)** über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss informiert im zuständigen Ausschuss über geplante Maßnahmen und Vorkehrungen im Falle eines die Stromversorgung betreffenden Blackouts im Lahn-Dill-Kreis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

6 Ja-Stimmen (AfD)

66 Nein-Stimmen (22 CDU, 17 SPD, 11 Bgo/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 10.

Unterstützung Waldeigentümer

Antrag der AfD-Fraktion vom 29.04.2022

A-21/2022

Abgeordneter Mulch (AfD) trägt vor, dass es bei dieser Debatte nicht um das Klima oder Schuldzuweisungen gehe, sondern um einen Lösungsansatz. Der Zustand der Nadel- Laub- und Mischwälder vor Ort im Landkreis sei katastrophal. Er sei nicht vom Fach, sehe jedoch große Erntemaschinen, die ungeheure Kollateralschäden verursachten. Forstleute freuten sich über Preise, die das heimische Holz in Übersee erziele. Das Gesamtproblem liege in der intensiven wirtschaftlichen Nutzung des Waldes, doch dem Profitinteresse am Wald werde vieles untergeordnet. Man wolle daher den wirtschaftlichen Druck aus den Laub- und Mischwäldern nehmen, auch wenn die Zielführung nicht garantiert sei. Es liege im Interesse aller, dass nachfolgende Generationen intakte Wälder vorfinden würden. Dafür solle geprüft werden, ob dem Landkreis für diesen Zweck Instrumente zur Verfügung stünden.

Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen) bezieht sich auf die Begründung des Antrages, wonach der Klimawandel zum schlechten Zustand des Waldes beigetragen habe. Das aktuell stattfindende Abholzen stelle eine Notmaßnahme von durch Käfer geschädigtem Holz dar und erfolge nicht zur Bewirtschaftung. Auch der Export nach China stelle eine Notmaßnahme dar. Jubelnde Forstleute sehe sie nicht, da die Preise im Keller seien. Zur Forderung, den Wald sich selbst zu überlassen, führt sie das positive Beispiel des bayrischen Waldes an. Es gebe bereits Bestrebungen, den Wald durch Förderung über Landes-, Bundes und EU-Programme aus der Nutzung heraus zu nehmen. Sie nennt Ökopunkte und FSC-Zertifizierung. Es mache keinen Sinn, dass sich der Kreis zusätzlich einmische. Die Kosten würden außerdem über die Kreisumlage Städte und Gemeinden zusätzlich belasten. Unter dem Strich sei Deutschland ein Holzimportland, so dass bei Einschränkung der Holzlieferung mehr Holz aus Ländern importiert werden müsse, die keinen ausreichenden Schutz der Wälder böten.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) führt aus, dass der Wald Lebensraum für Tiere und Pflanzen sei und viele Funktionen für das Ökosystem als Rohstofflieferant, Wirtschaftsfaktor, Arbeitgeber, Wasserspeicher, Erholungsraum, Co₂-Speicher und viele mehr habe. Wälder würden Co₂ binden, Sauerstoff produzieren und seien Klimaschützer. Durch Stilllegung der Wälder würden viele dieser Funktionen eingeschränkt. Durch Umweltbelastung, Dürre, Stürme, Brände, Trockenheit und Insekten- sowie Pilzbefall verliere der Wald Blätter und Nadeln. Er könne sich jedoch nicht allein helfen und müsse durch aktive Waldbewirtschaftung unterstützt werden. Die ehemalige Bundeslandwirtschaftsministerin habe mit 1,5 Mrd. € das größte Waldumbauprogramme vorangetrieben. Nun müssten die Gelder auch ankommen. Auch das Land habe Programme für Waldeigentümer zur Verfügung gestellt. Die im Antrag geforderte Förderung sei daher überflüssig. In Zeiten knapper werdender Baustoffe bekomme das Holz gerade beim klimaneutralen Bauen einen neuen Stellenwert. Daher brauche man Holz und Waldbewirtschaftung und keine Urwald-Romantik der AfD.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) sieht den Lahn-Dill-Kreis in dieser Frage nicht als zuständig an. Unstreitig sei, dass Wald seit vielen Jahrhunderten ein Wirtschaftsgut sei. Das Wort „nachhaltig“ stamme aus der Forstwirtschaft und besage, dass man nur so viel Holz entnehme, wie nachwachsen. In den letzten Jahrzehnten sei es gelungen, diese nachhaltige Art, Wälder zu bewirtschaften, zu erhalten. Von der wirtschaftlichen Nutzung drohe dem Wald keine Gefahr. Diese gehe vielmehr von

der Umweltverschmutzung aus. Dem müsse man sich entgegenstellen. Holz sei im Übrigen ein guter und nachwachsender Rohstoff, der nicht aus dem Ausland importiert werden sollte.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag wird gebeten, zu prüfen, welche Möglichkeiten der finanziellen Entlastung für diejenigen kreisangehörigen Städte, Gemeinden und privaten Waldbesitzer bestehen, die sich verpflichten, einen Teil ihrer Laubwälder sich selbst zu überlassen. Er möge im Anschluss im zuständigen Ausschuss berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

6 Ja-Stimmen (AfD)

67 Nein-Stimmen (23 CDU, 17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 11.

Finanzielle Hilfen für ukrainischen Flüchtlinge

Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022

A-22/2022

Abgeordneter L. Müller (CDU) trägt vor, dass Anlass für den Antrag Berichte von Menschen gewesen seien, die Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen hätten. Diese hätten mehrere Wochen warten müssen, bis sie finanzielle Leistungen erhalten hätten. In der Zwischenzeit hätten die Geflüchteten von den aufnehmenden und helfenden Personen und Familien finanziell unterstützt werden müssen. In rechtlicher Hinsicht sei nicht klar, ab wann ein Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für die ukrainischen Flüchtlinge bestehe. Nach Auffassung des Bundesinnenministeriums sei dies der Fall, wenn an irgendeiner Stelle geäußert worden sei, dass ein Schutzbedarf bestehe. Er fragt, warum der Lahn-Dill-Kreis dies anders handhabe.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) sieht Einigkeit in dem Ziel der schnellstmöglichen Hilfe. Er gibt zu bedenken, dass die Zahl der Geflüchteten hoch sei und damit die gewährte Hilfe und Unterstützung. In den letzten Monaten habe man für 3.000 Personen zusätzlich Hilfen gewährt und diese in Verwaltungsverfahren der Ausländerbehörde sowie der Abteilung Soziales und Integration aufgenommen. Er bestreite nicht, dass das Verfahren im Einzelfall zu lange dauere. Von 1.150 „SGB2-Bedarfsgemeinschaften“ seien bis auf etwa 100 alle bearbeitet. Diese hätten ebenfalls Anspruch auf Leistungen. Es gebe eine große Hilfsbereitschaft unter den Bürgerinnen und Bürgern im Lahn-Dill-Kreis, für die er sich an dieser Stelle sehr bedankt. Etwa 2.000 Menschen seien in privaten Unterkünften untergekommen. Hilfe zum Lebensunterhalt, medizinische Hilfe oder Wohnungshilfe würden die Geflüchteten bei Bedarf auf Antrag erhalten, wenn sie bei der Stadt oder Gemeinde angemeldet seien.

Abgeordneter L. Müller (CDU) woran es liege, dass in ca. 100 Fällen die Anträge noch nicht bearbeitet seien. Er fragt weiter, warum gewartet werde, bis der Antrag entschieden sei. Rechtlich gesehen, bestehe Leistungsberechtigung schon früher, bei Meldung an einer Stelle.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) geht davon aus, dass diese Fälle noch nicht so lange angemeldet seien. Ein Asylantrag sei nicht Voraussetzung, wie richtig vorgetragen worden sei, und eine unbürokratische Hilfe, insbesondere medizinische Hilfe, sei vom Gesetzgeber gewünscht.

Man versuche daher das Mögliche für eine kurzfristige Unterstützung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch bei den Städten und Gemeinden, seien sehr engagiert. Man sei einer der wenigen Landkreise, die diese Aufgabe nicht an die Städte und Gemeinden delegiert hätten. Solange es möglich sei, wolle man dies fortführen. Er sei stolz, dass auch mit privater Hilfe, alle geflüchteten Menschen eine Unterkunft erhalten hätten. Bestehenden Schwierigkeiten gehe man gezielt nach und in Härtefällen werde sofort Hilfe geleistet.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) ist erfreut über die Hilfsbereitschaft für die Opfer des Krieges in der Bevölkerung und unter den politisch Verantwortlichen und bedankt sich dafür. Schutzsuchende Menschen müssten willkommen geheißen und in Obhut genommen werden. In diesem Zusammenhang sei der Abbau von Bürokratismus positiv zu bewerten. Er fragt, warum man diese Hilfe nur für ukrainische Geflüchtete wolle und sieht mit dem Antrag ethnische Konflikte befeuert. Dies verstoße auch gegen Verfassungsgrundsätze.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fordert den Abgeordneten Zborschil (DIE LINKE) auf, die in seiner Rede verwendete Rhetorik und Wortwahl zu hinterfragen.

Abgeordnete Niggemann (AfD) trägt vor, dass viele Geflüchtete lange Wege zurücklegen würden, um nach Deutschland zu kommen. Man könne diese nicht auf eine Stufe mit ukrainischen Geflüchteten stellen, die in ihren Nachbarländern Hilfe suchten und kulturell nahe stünden. Die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung sowie staatlichen Stellen sei hoch und schnell. Kommunale Verantwortungsträger und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden unbürokratisch helfen. Sie gehe daher davon aus, dass jeder Geflüchtete ein Dach über dem Kopf, genug zu essen und Zugang zu medizinischer Behandlung habe und damit ein menschenwürdiges Existenzminimum gewahrt sei. Anträge auf finanzielle Leistungen müssten jedoch gestellt und geprüft werden.

Abgeordnete Kunz (SPD) verweist auf Berichte des Kreisausschusses, wonach viele Anträge schon abgearbeitet seien. Stattdessen werde auf den Einzelfall gesehen, wo dies noch nicht geschehen sei. Niemand müsse jedoch im Kreis auf der Straße sitzen, ganz unabhängig davon, wo man herkomme. Jeder könne unbürokratische Hilfe finden, auch um die Zeit zu überbrücken, bis der Antrag bearbeitet sei. Anträge müssten jedoch gestellt werden, damit der Kreis überhaupt erfahre, dass da jemand sei, der der Hilfe bedürfe. Die Problematik liege aus ihrer Sicht nicht in langen Antragsbearbeitungszeiten, sondern in der langen Zeit, bis ein Antrag gestellt worden sei. Den ersten Teil des Antrages lehne man daher ab, während man den zweiten Antragsteil durch regelmäßige Berichte des Kreisausschusses für erledigt ansehe.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) trägt vor, dass die geflüchteten Menschen aus der Ukraine aufgrund der Massenzustromsrichtlinie in vielen Belangen Europäern gleichgestellt seien. Aufgrund einer Rechtsauffassung, die er für falsch halte, resultiere, dass diese sich in einer Stadt oder Gemeinde anmelden müssten und dann bei einem Sozialamt Unterstützung beantragen könnten. Nach Auffassung des Kreises müsse jedoch zunächst eine ausländerrechtliche Registrierung erfolgen. Diese Auffassung sei verständlich, da der Europastatus zu einem bestimmten Zeitpunkt auslaufen werde. In der Zwischenzeit solle man aber unbürokratisch sein. Bei anderen Geflüchteten liege die Situation anders, da diesen nicht der Europastatus verliehen worden sei. Im Übrigen gehe er davon aus, dass Vorläufigkeitsregelungen getroffen werden könnten.

Landrat Schuster (SPD) bezieht sich auf einen Ausruf, wonach die Situation einer Person zugeschrieben werde. Dies weise er zurück, da es nicht stimme. Finanzielle Leistungen würden nicht von einer Person abhängig sein. Im Gegensatz zu vielen Menschen, die aus anderen Ländern geflüchtet seien, könnten die Geflüchteten aus der Ukraine zu 75 % einen biometrischen Pass aufweisen. Er wolle sich daher gegenüber dem Hessischen Innenminister dafür aussprechen, dass von diesen keine Fingerabdrücke genommen werden müssten, was Zeit spare. Außerdem müsse man die hohen Zahlen der geflüchteten Menschen in kurzer Zeit berücksichtigen. Diese könnten

nicht alle sofort mit höchster Zufriedenheit bedient werden. Insgesamt arbeite man in dieser Sache sehr gut mit dem Land Hessen zusammen. In Notlagen sei man dazu in der Lage in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden flexibel zu helfen. Er bedankt sich an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die schon in der Pandemie und auch jetzt ihre Arbeitszeit zurückstellten.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) fragt, ob nicht die Absicht der Bundesregierung, die vom hessischen Innenministerium unterstütze, wonach die Zahlung vom PIK abhängig gemacht werden solle. Zurzeit bestehe diese Abhängigkeit noch nicht. **Landrat Schuster (SPD)** antwortet, dass die Zahlungen mit der Anmeldung bei den Städten und Gemeinden erfolgten. Der PIK sei für die Erlangung des Aufenthaltstitels erforderlich.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, geflüchteten Menschen, die gegenüber dem Lahn-Dill-Kreis einen Antrag auf finanzielle Unterstützung gestellt haben, diese zu gewähren. Entsprechende Hilfe soll unabhängig von der abschließenden Bescheidung des Antrags und im Umfang nach dem § 3a AsylbLG erfolgen.

Darüber hinaus ist dem Kreistag die Beantwortung folgender Fragen vorzulegen:

1. Welchen Zeitraum nimmt die Bearbeitung eines Antrags auf finanzielle Unterstützung von Asylbewerbern aus der Ukraine a) durchschnittlich und b) maximal in Anspruch?
2. Wie stellt der Lahn-Dill-Kreis sicher, dass zwischen der Beantragung finanzieller Unterstützung und der Entscheidung über den Antrag das menschenwürdige Existenzminimum der Antragsteller gewährleistet ist?

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

23 Ja-Stimmen (CDU)

47 Nein-Stimmen (17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 6 AfD, 4 FDP, 2 fraktionslos)

3 Enthaltungen (DIE LINKE)

Zu TOP 12.

Hebammenversorgung sicherstellen

Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022

A-23/2022

Abgeordnete A.-L. Bender (CDU) teilt mit, dass Ziel des Antrages die dauerhafte und flächendeckende Sicherstellung der Versorgung durch Hebammen im Lahn-Dill-Kreis sei. Durch Fördermaßnahmen sollten die Rahmenbedingungen für die Hebammentätigkeit verbessert und attraktiver gemacht werden. Die Frauen und Familien bräuchten eine gute Betreuung in der herausfordernden Zeit vor, während und nach der Geburt. Hebammen bräuchten daher direkte und individuelle Unterstützung ins Haus, seien kompetente Ansprechpartnerinnen in allen gesundheitlichen Fragen, Ratgeberin, praktische Hilfe, Entlastung und Stütze. Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen sei diese Stütze wichtiger denn je, da die Unterstützung durch die Großfamilie in der Regel nicht mehr gegeben sei. Hebammen würden außerdem eine Schlüsselrolle bei der Präventionsarbeit einnehmen. Da es für Familien zunehmend schwieriger werde, eine Hebamme zu finden, bestehe Handlungsbedarf, was auch ein Gutachten der Landesregierung belege. Man wolle daher den Engpässen in der Region gegensteuern. Sie stellt die Ansatzpunkte dar, die auch dem Antrag entnommen werden können. Darüber hinaus solle man die Chancen der Digitalisierung nutzen, und ein digitales Angebot für die Schwangerenversorgung und

nachgeburtliche Versorgung zur Optimierung etablieren. Die Maßnahmen sollten insgesamt in einer Förderrichtlinie verankert werden, damit sie verlässlich und dauerhaft seien.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) bestätigt, dass es zu wenig Hebammen gebe. Aus Gesprächen mit Hebammen wisse sie, dass es an Wertschätzung mangle. In der Pflege würde jede neue Stelle von der Kasse übernommen, was bei Hebammen nicht der Fall sei. Das Problem der fehlenden Hebammen werde sich noch verstärken, da der Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge sich hier auch auswirken werde. Letztlich liege es auch am niedrigen Gehalt und an hohen Versicherungssummen, die von den Hebammen aufzubringen seien. Die Problematik werde jedoch in erster Linie auf Bundesebene geregelt. Sie befürwortet den ersten Teil des Antrages und beantragt die getrennte Abstimmung.

Abgeordnete G. Esch (FWG) weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig eine gute Versorgung während der Schwangerschaft und der Nachsorge ist. Sie berichtet von einem Gespräch mit einer freiberuflich tätigen Hebamme, wonach es zu wenig Hebammen gebe. Dies liege einerseits an der Teilzeitbeschäftigung und andererseits an der Bezahlung nach Pauschalen laut Gebührenordnung der gesetzlichen Krankenkassen. Außerdem sei die Kommunikation und Dokumentation mit den Krankenkassen mühsam und aufwendig und Kosten würden teilweise erst nach langer Zeit oder nur teilweise beglichen. Hinzu kämen Fixkosten für die Haftpflicht- und Rentenversicherung, ein hoher Steuersatz, Mitgliedsbeiträge im Hebammenverband sowie nachzuweisende Fortbildungskosten. Neben der besseren Vergütung wünschten sich Hebammen eine Arbeit ohne Angst vor Regressen und in den Kliniken, eine interventionsarme Arbeit auf Augenhöhe zwischen den Berufsgruppen. Für die beantragten Leistungen sei der Lahn-Dill-Kreis nicht zuständig. Man habe bereits ein gutes Onlineportal mit Informationen, Leitfäden und Beratungshinweisen und einer Liste der im Kreis tätigen Hebammen. Sie schlägt vor, die Vorsitzende des Kreisverbandes der Hebammen zu einem Austausch in den Sozialausschuss einzuladen, um Hilfemöglichkeiten herauszufinden. Zum Antrag merkt sie an, dass ein Finanzierungskonzept fehle. Mit der Vorstellung unter Punkt 1 sei sie einverstanden.

Abgeordnete Beimborn (SPD) teilt mit, dass der Kreis für die Dokumentation im Kontext der Berufsordnung und des Ausbildungsgesetzes für Hebammen zuständig sei. Man habe dort einen hohen Bedarf an Hebammen festgestellt, so dass deren Situation und Versorgung wichtig sei. Entscheidend seien die Rahmenbedingungen. Im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge könne auch der Kreis tätig werden. Wie viele Hebammen der Kreis vorzuhalten habe, sei gesetzlich nicht vorgegeben. In 2018 habe es aber eine Abfrage des Frauenbüros des Kreises unter den Eltern zu deren Versorgungslage gegeben. Im Ergebnis sei rückgemeldet worden, dass die Vorbereitungskurse in Ordnung seien. Hinsichtlich der Versorgung nach der Geburt habe es Kritik gegeben, dass man zu viele Hebammen anfragen müsse und oft nicht die Hebamme bekommen, die man sich wünsche. Die 81 Hebammen, die für den Kreis gemeldet seien, dürften auch außerhalb des Kreises angefragt werden. Die Zahl gebe somit nicht die Zahl der tatsächlich zur Verfügung stehenden Hebammen wieder. Die Lage der Hebammen sei auch in der Frauen- und Gleichstellungskommission wichtiges Thema, was zu wechselseitiger Information und Versuchen der Einflussnahme beigetragen habe. Schließlich gebe es Handlungsempfehlungen zur Versorgungssituation aus 2020 für Hessen und die Region. Die Koalition unterstütze den ersten Teil des Antrages unter Beteiligung der Akteure im Lahn-Dill-Kreis (Hebammen, Frauenbüro und Gesundheitsamt).

Abgeordneter Irmer (CDU) schlägt als Kompromiss vor, bei Punkt 2 des Beschlusses die aufgeführten Punkte zu streichen. Den 3. Punkt könne man zurückstellen und den 4. Punkt so belassen.

Abgeordnete Beimborn (SPD) ist der Ansicht, dass nicht der Kreisausschuss beauftragt werden solle, sondern dass sich zunächst der Fachausschuss inhaltlich mit der Thematik auseinandersetze. Die Einzelmaßnahmen sollten zunächst außen vorgelassen werden, um ergebnisoffen zu sein.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** teilt **Abgeordnete Kunz (SPD)** mit, dass sie keinen Geschäftsordnungsantrag auf Verweis in den Ausschuss stellen wolle. Sie stellt in Aussicht, dass man dem ersten Punkt des Antrages zustimmen werde.

Abgeordneter Irmer (CDU) beantragt, den Punkt 2 bis 4 des Antrages im Geschäftsgang zu belassen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** fest, dass Punkt 2 bis 4 des Antrages im Geschäftsgang verbleiben und lässt über Punkt 1 des Antrages der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Versorgungssituation mit Hebammen im Lahn-Dill-Kreis zu erheben und die Ergebnisse im zuständigen Ausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 13.

Parkpalette im Bereich Schulzentrum Wetzlar

Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022

A-24/2022

Abgeordneter Irmer (CDU) berichtet von Beschwerden der Anwohnerinnen und Anwohner über lösbare Probleme mit dort parkenden Autos. Schon 1986 sei in der Wetzlarer Neuen Zeitung von chronischem Parkplatzmangel an der Goetheschule berichtet worden und der damalige Landrat Bökel (SPD) hätte erklärt, Teile der städtischen Parkflächen vor dem Europabad überbauen zu wollen, da das Parkplatzproblem dränge. In 2001 seien sogar Zusagen der Stadt an einer Kostenbeteiligung gegeben worden, ohne dass etwas passiert sei. Der damalige Schuldezernent Wegracht habe schließlich das Parkplatzproblem für die Lehrerschaft gelöst, jedoch nicht für die Schülerinnen und Schüler. 2016 habe die Bauverwaltung schließlich angekündigt, ein Parkdeck mit 300 Stellplätzen bauen zu wollen, um das wilde Parken zu vermeiden. Schuldezernent Schreiber (B90/Die Grünen) habe seinerzeit erklärt, dass er auf moderne Mobilitätskonzepte setze um Schülerströme zu lenken. Das Problem bestehe jedoch weiterhin.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) fragt, ob bekannt sei, dass die Theodor-Heuss-Schule an einen anderen Standort verlagert werden solle, so dass man eine komplett neue Parksituation haben werde. **Abgeordneter Irmer (CDU)** antwortet, dass der Kreis bislang nicht mitgeteilt habe, wie das Parkplatzproblem für die Schülerschaft an der neuen Theodor-Heuss-Schule gelöst werden solle. Von einem geplanten Parkhaus seien die Nutzungsbedingungen sowie Kosten für die Schülerschaft nicht bekannt. Da die Parkplätze am Europabad knapp bemessen seien, halte er den Bau einer Parkpalette auch bei zwei verbleibenden Schulen für angemessen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) teilt mit, dass aktuell am Schulzentrum Wetzlar (Goetheschule, Theodor-Heuss-Schule und Käthe-Kollwitz-Schule) 567 Parkplätze vorhanden seien. Laut Stellplatznachweis zum Bauantrag der Goetheschule von 2018 würden für die Goetheschule und Käthe-Kollwitz-Schule 580 Parkplätze und 53 Fahrradstellplätze benötigt. Nach Freiflächenplanung im Entwurf würden diese Parkplätze nachgewiesen. Solange die Theodor-

Heuss-Schule (THS) noch am Standort vertreten sei, herrsche jedoch Parkplatzknappheit. Ab dem Sommer 2023 werde die THS in der Spilburg sein. Dort würden der Schüler- und Lehrerschaft 471 Parkplätze, davon 174 auf dem Grundstück und 297 in einem von einem Investor zu errichtenden Parkhaus zur Verfügung gestellt. Für alle drei Schulen stünden dann 1051 Parkplätze zur Verfügung, was die Parkplatzsituation deutlich verbessern werde. Ein weiterer positiver Effekt werde durch den neuen Busbahnhof erreicht, der eine bessere Anbindung der Schulen mit dem ÖPNV ermögliche. Auch an der THS sei eine Bushaltestelle an der Sportparkstraße vorhanden. Die Frage, ob die Parkplätze etwas kosten würden, sei eine politische Entscheidung und vom Kreistag zu treffen.

Abgeordneter Irmer (CDU) bezieht sich auf die Parkplatzgebühren und fragt, was sich der Betreiber des Parkhauses in dieser Hinsicht vorstelle und in welcher Größenordnung Kosten auf Schülerinnen und Schüler zukommen würden. Erst wenn dies bekannt sei, würden Entscheidungen anstehen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) bestätigt, dass man im Gespräch mit dem Betreiber stehe. Als Bauherr der Schule sei man gegenüber der Stadt Wetzlar verpflichtet, eine gewisse Zahl an Stellplätzen darzustellen. Wenn es die Parkplätze gebe, müsse entschieden werden, ob man von der Schülerschaft einen Obulus erhebe. Wenn konkrete Zahlen über die Kosten vorlägen, werde er diese bekannt geben.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) bemerkt, dass man andernorts versuche, den Verkehr aus den Städten heraus zu halten und die Städte grüner und nachhaltiger zu gestalten. In der Stadt Wetzlar und im Kreis sei dies anders. Er sei überzeugt, dass man keine Parkpalette brauche. Stattdessen wolle man den ÖPNV attraktiver und praktikabler gestalten (siehe anliegender Alternativantrag). Der Antrag sei ein Beitrag für mehr Klimaschutz, Nachhaltigkeit und ein ruhigeres Stadtbild.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) verweist darauf, dass man derzeit dabei sei, die Stellplatzsitzung der Stadt Wetzlar zu überarbeiten. Die Zuständigkeit für den Alternativantrag sehe er bei der Stadt Wetzlar. Der Antrag müsse also dort gestellt werden. Das Parkplatzproblem an der Goetheschule bestätigt er. Das Problem werde jedoch gelöst. Die Bauphase habe den Endzustand noch nicht erreicht habe. Es würden im Ergebnis jedoch noch eine Vielzahl an Schülerinnen und Schülern in die Spilburg verlagert. Er geht davon aus, dass die Parkplätze am jetzigen Schulzentrum nicht für diejenigen attraktiv sein würden, die in den Neubau der THS gingen. Der Bau einer Parkpalette am jetzigen Schulzentrum habe daher für die THS keine Wirkung und werde für das Schulzentrum nach Verlagerung der THS nicht mehr benötigt. Die Parkplätze an der neuen THS seien erforderlich und er erwarte, dass es hinsichtlich der Kosten keine Konditionen geben werde, die so ausfielen, dass die Parkplätze nicht genutzt würden. Er sehe es ebenfalls als Aufgabe des Kreistages an, die Höhe der Kosten festzulegen.

Abgeordneter Brockhoff (Bgo/Die Grünen) sieht ebenfalls für den Antrag der Fraktion DIE LINKE keine Zuständigkeit des Kreises, sondern der Stadt Wetzlar. Er rät, die Anbindung des ÖPNV an die Schulen in einer der nächsten Fachausschusssitzungen intensiv zu diskutieren, um die Zahl der benötigten Parkplätze zu verringern.

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass das Selbstbefassungsrecht von Ausschüssen im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises noch intensiv im Ältestenrat diskutiert werde. Ausschüsse von kommunalen Parlamenten hätten nach häufig vertretener Rechtsauffassung kein Selbstbefassungsrecht. Sie könnten sich lediglich mit Angelegenheiten befassen, die ihnen seitens des Kreistages überwiesen worden seien. Wenn der Antrag im Ausschuss behandelt werden solle, müsse ein Geschäftsordnungsantrag auf Verweis in den Ausschuss gestellt werden. Dies wird auf Nachfrage nicht gewünscht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

27 Ja-Stimmen (21 CDU, 6 AfD)

44 Nein-Stimmen (17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Im Anschluss lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Alternativantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

5 Ja-Stimmen (3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

66 Nein-Stimmen (21 CDU, 17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 6 AfD, 4 FDP)

0 Enthaltungen

Zu TOP 14.

Sachstandsbericht Gefahrenverhütungsschau an Schulen

Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022

A-25/2022

Abgeordneter Lemler (SPD) teilt mit, dass seitens der Verwaltung dargestellt worden sei, wo die Gefahrenverhütungsschauen stattgefunden hätten, was gemacht worden sei und welche Fehler festgestellt worden seien. Die Fragen seien beantwortet worden, so dass er davon ausgehe, dass der Antrag erledigt sei.

Abgeordneter M. Hundertmark (CDU) widerspricht dem Bericht des Ausschussvorsitzenden. Es seien keine Zahlen, Fakten oder Daten geliefert worden. Auch sei der Intention des Antrages nicht entsprochen worden, indem Ergebnisprotokolle über die Gefahrenverhütungsschauen vorgelegt worden wären. In einer Verordnung sei geregelt, dass festgestellt Mängel zu dokumentieren seien. Die Beseitigung der Mängel sei unter Fristsetzung anzuordnen und zu überwachen. Das Durchführungsintervall liege bei fünf Jahren. Im Bauausschuss habe der zuständige Dezernent Esch (FWG) auf einen 33-seitigen Bericht verwiesen, zu dessen Inhalt jedoch nichts vorgetragen worden sei. Die Frage nach dem Vorliegen von Auffälligkeiten an Schulen, sei nicht beantwortet werden und Begehungsprotokolle seien aus Datenschutzgründen nicht vorgelegt worden. Er gehe jedoch aus, dass die Sicherheit an Schulen Vorrang habe. Auch ein Ausschluss der Öffentlichkeit sei möglich. Da man im Kreistag über die Haushaltsmittel für Sanierungen, Schulbauten und Instandsetzung von Mängeln entscheide, habe man ein Recht auf umfassende Berichterstattung.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) widerspricht, dass er auf einen 33-seitigen Bericht verwiesen habe, ohne daraus vorzutragen. Richtig sei, dass der zuständige Abteilungsleiter einen umfassenden Vortrag über die letzten drei Prüfungen gehalten habe. Dieser habe gesagt, dass er auch aus den 33 Seiten, die so eine Prüfung als Protokoll habe, vorlesen könne, dies aber ersparen wolle. Zu Beginn der Berichterstattung sei darauf hingewiesen worden, dass der Kreistag keine Einsicht in die internen Akten der Verwaltung nehmen könne. Über einen Akteneinsichtsausschuss könne Akteneinsicht beantragt werden. Man könne jedoch nicht erwarten, dass ein Ausschuss interne Akten vorgelegt bekomme, weil er es gern möchte. Der Bericht über nicht sehr gravierende Mängel und die Überwachung der Beseitigung durch die Verwaltung sei aus seiner Sicht gegeben worden.

Abgeordneter Lemler (SPD) bestätigt, dass der Dezernent zu Beginn der Sitzung darauf hingewiesen habe, dass die Akten aus den genannten Gründen nicht ausgegeben werden könnten. Ein ausführlicher Bericht des Abteilungsleiters über die Gefahrenverhütungsschauen habe sich angeschlossen. Dieser habe sich auf den 33-seitigen Bericht bezogen.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) bezieht sich auf den Antrag, mit dem man etwas über die aufgetretenen Mängel habe erfahren wollen. Hierauf sei nur allgemein geantwortet worden, statt kollegial vorzugehen. Das oberste Recht eines Kreistagsabgeordneten sei aber das Fragerecht. Auf Fragen müsse auskömmlich geantwortet werden. Das Zeigen der Protokolle könne man ablehnen, jedoch nicht aus Datenschutzgründen. Er beantrage daher die Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses, um über die Ergebnisse der drei letzten Gefahrenverhütungsschauen durch Vorlage der entsprechenden Berichte Nachweis zu führen. In der nächsten Sitzung solle darüber formal abgestimmt werden. Man könne es sich aber auch leichter machen, indem man das kollegiale Gespräch suche.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im Bauausschuss über die Ergebnisse der letzten drei Gefahrenverhütungsschauen an weiterführenden Schulen zu berichten und die entsprechenden Begehungsprotokolle den Mitgliedern des Ausschusses vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

25 Ja-Stimmen (19 CDU, 6 AfD)

43 Nein-Stimmen (16 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 15.

Lebensmittelüberwachung

Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022

A-26/2022

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) bezieht sich auf die aktuellen Ereignisse in Hessen, wo erneut keimbelastete Nahrungsmittel in Umlauf gekommen seien, was erhebliche gesundheitliche Gefahren für Menschen darstelle. Für die Kontrolle von Lebensmittelbetrieben seien in Hessen die Landkreise zuständig, so dass der Lahn-Dill-Kreis bei der Lebensmittelüberwachung enorme Verantwortung trage. Im April sei in der örtlichen Zeitung über zu wenige Kontrollen bei der Lebensmittelüberwachung im Lahn-Dill-Kreis berichtet worden. Zu geringe Kontrolldichten würden das Risiko mit sich bringen, dass Verstöße unbemerkt blieben. Hierauf solle dauerhaft mehr Augenmerk gelegt werden, was mit Maß geschehen solle. Kleine und mittelständige Unternehmen sollten dennoch nicht mit mehr Kontrollen und Bürokratie belastet werden. Stattdessen wolle man eine Lebensmittelüberwachung mit hoher Qualität in Kooperation mit den Betrieben. Man wolle dabei auf die Begebenheiten vor Ort blicken, ohne eine landespolitische Debatte zu eröffnen.

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) verweist auf die im Hause getroffene Absprache wonach nach 17:30 Uhr keine Anträge mehr aufgerufen würden. Es sei wichtig, dass sich Abgeordnete auf die Sitzungszeiten verlassen könnten, insbesondere, wenn Betreuungszeiten für Kinder oder Angehörige vereinbart worden seien. Er beantragt, die Sitzung zu schließen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) führt die getroffene Absprache an, wonach vor 17:30 Uhr Tagesordnungspunkte aufgerufen werden dürften. Er gibt zu bedenken, welches Bild man in der Öffentlichkeit abgebe, wenn man als Kreistag wiederholt nicht dazu in der Lage sei, die Tagesordnung abzuarbeiten. Er stellt fest, dass für diesen Antrag eine qualifizierte Mehrheit von 2/3 der Kreistagsabgeordneten, also 54 Stimmen, vorliegen müsse und ruft zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür, ohne qualifizierte Mehrheit

40 Ja-Stimmen (16 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 fraktionslos)

28 Nein-Stimmen (19 CDU, 6 AfD, 3 DIE LINKE)

0 Enthaltungen

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass die Sitzung fortgeführt wird, da die nach der Geschäftsordnung erforderliche Mehrheit nicht erzielt worden sei. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises wird aufgefordert, im Sozialausschuss über die Durchführung der Lebensmittelkontrollen im Lahn-Dill-Kreis zu berichten. Der Bericht soll sich auf den Zeitraum 2018 bis 2021 beziehen und in der Anlage beigefügte Fragen beantworten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

27 Ja-Stimmen (19 CDU, 6 AfD, 2 fraktionslos)

40 Nein-Stimmen (15 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

1 Enthaltungen (1 SPD)

Vorsitzender Volkmann (CDU) vertagt die übrigen Tagesordnungspunkte, schließt die Sitzung des Kreistages um 17:40 Uhr und bedankt sich bei den Abgeordneten für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 24.05.2022

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin

Sperrfrist: 23. Mai 2022, 13:30 Uhr

Datum:
20. Mai 2022
Unser Zeichen:
WS/ban

Mitteilungen zur Kreistagsitzung am 23. Mai 2022

- Es gilt das gesprochene Wort -

INHALT

| | |
|---|---|
| Ehrenamtlicher Kreisbeigeordner Schreiber informiert:..... | 2 |
| 1 Fahrrad-Leasing für Beschäftigte in der Kreisverwaltung | 2 |
| 2 Energiemanagement im Lahn-Dill-Kreis | 2 |

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordner Schreiber informiert:

1 Fahrrad-Leasing für Beschäftigte in der Kreisverwaltung

Vor etwa einem Jahr, genau am 26.05.2021, hat der Kreisausschuss die Einführung eines Fahrradleasings für Beschäftigte in der Kreisverwaltung beschlossen. Nunmehr wird ab 01.07. 2022 den Tarif-Beschäftigten dieses Modell angeboten werden können. Dazwischen lagen 12 Monate zähes Ringen um eine regelgerechte Ausschreibung und Vergabe, das unsere Managerin für betriebliche Mobilität, Frau Mette, gemeinsam mit der Rechtsabteilung unseres Hauses mit Zähigkeit und Durchhaltevermögen erfolgreich gestalten konnte. Jetzt kann nach dem § 4 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst eine Entgeltumwandlung zum Zwecke des Leasings von Fahrrädern endlich stattfinden. Dies dient u.a. der Mobilitätswende, dem Klimaschutz und der Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers Lahn-Dill-Kreis und hat auch finanzielle Vorteile.

2 Energiemanagement im Lahn-Dill-Kreis

Seit dem 1. April hat Energiemanager Axel Jankowski seine Arbeit im Lahn-Dill-Kreis im Bereich der Stabstelle Klimaschutz, Energiemanagement und Mobilität aufgenommen. Wichtigste Aufgabe ist es, die Optimierung und Effizienzverbesserung aller unserer Energieverbräuche voranzutreiben und deutlich mehr als sein Gehalt ausmacht, an Einsparungen zu erzielen. Dazu wird er mit der Schulbauabteilung und dem Fachdienst Immobilienmanagement eng zusammenarbeiten. Das Bewerben von Fördermitteln für förderfähige neue Energieträger gehört selbstverständlich auch in sein Portfolio.

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Lahn-Dill

An den Kreistagsvorsitzenden
Herrn Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

Änderungsantrag zu TOP 13 "Parkpalette im Bereich Schulzentrum Wetzlar

Der Kreistag möge beschließen:

1. Das Schulzentrum Wetzlar benötigt keine Parkpalette.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Einrichtung einer Sonderlinie zu prüfen, die die kürzlich von der Kreisverwaltung erfassten und publizierten Pendler*innenparkplätze mit zentralen Stellen in der Stadt Wetzlar, sowie auch dem Schulzentrum verknüpft.
3. Der Kreisausschuss soll nach Prüfung darüber im Haupt-, ^{Finanz-}Wirtschafts-, und Organisationsausschuss, sowie dem Bildungsausschuss berichten.

Begründung:

Eine Parkpalette im Stadtbereich zu erbauen ist nicht mehr zeitgemäß. Stattdessen braucht es Maßnahmen, die den Verkehr aus der Stadt heraushalten und den ÖPNV zu einer zuverlässigen und praktikablen Alternative für den Alltag entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Horst Knies

Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE. im Kreistag
des Lahn-Dill-Kreises